

**Protokoll
über die Beratung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und
Rechte der Minderheiten am 07.03.2007**

Anwesend: s. Anwesenheitsliste (Anlage)
Ort: Technisches Rathaus, Raum 1.001/1.002
Leitung: Vorsitzender, Herr Dr. Fischer

Herr Dr. Fischer eröffnet die Sitzung und begrüßt alle anwesenden Mitglieder und Gäste.

TOP 1: Bestätigung der Tagesordnung

Zur Tagesordnung gibt es keine weiteren Ergänzungswünsche oder Änderungsvorschläge.

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Fassung einstimmig bestätigt.

TOP 2: Protokollkontrolle

Zum Protokoll vom 07.02.2007 gibt es keine Beanstandungen, Ergänzungen oder Hinweise.

Das Protokoll wird mehrheitlich bestätigt bei einer Stimmenthaltung.

I. Öffentlicher Teil

TOP 3: Berichte und Informationen

**TOP 3.1 Information zum Cottbus-Pass
v.: Herr Konzack, Amtsleiter Bürgeramt**

Herr Konzack: Im Zusammenhang mit der Erarbeitung der Vorlage für die StVV im Dezember 2005 war durch das Bürgeramt ein ÖPNV-Zuschussbedarf in Höhe von 12.672 € pro Jahr geschätzt worden. Die tatsächlichen Ausgaben im Jahr 2006 beliefen sich aber nur auf 2.898,00 € (Zuschuss für 4-er Streifenkarten).

Im Jahr 2006 haben insgesamt 988 Berechtigte den Cottbus-Pass erhalten (757 Verlängerungen, 231 Neubeantragungen).

Bereits im Juni 2005 war der Kreis der Anspruchsberechtigten verändert worden. Die Cottbus-Pass-Inhaber haben seitdem auch die Hälfte der Kosten für den ÖPNV zu tragen (2,00 €).

Herr Dr. Fischer bedankt sich bei Herrn Konzack für die Informationen.

Wie viele Bürger aus dem Rechtskreis des SGB II (ARGE) an den kommunalen Zuständigkeitsbereich (SGB XII, Sozialamt) zurückfallen, kann nur schwer eingeschätzt werden. **Dr. Fischer** fragt an, wer dazu Auskunft geben kann.

Frau Duhra berichtet hierzu, dass es derzeit ca. 880 Grundsicherungsempfänger nach dem SGB XII gibt. Es ist eine steigende Tendenz zu verzeichnen, weniger bei den über 65-jährigen Personen, sondern überwiegend bei dauerhaft Erwerbsgeminderten oder befristet voll Erwerbsgeminderten. Hier zeigt sich eine Tendenz der Verschiebung aus dem SGB II in das SGB XII.

Herr Richter führt aus, dass der Kreis derer, die einen Anspruch auf den Cottbus-Pass haben, eingeschränkt wurde. Er fragt an, ob eingeschätzt werden kann, wie hoch der Personenkreis ist, der einen Anspruch hätte.

Herr Konzack vermutet, dass die Zahl der Anspruchsberechtigten bei ca. 1.000 Personen liegt. Aufgrund der hälftigen Finanzierung beim ÖPNV-Angebot hat die Attraktivität für die Berechtigten nachgelassen.

Herr Dr. Fischer ergänzt hierzu, dass die Bedürftigen z. T. den Eigenbetrag nicht aufbringen können. Bei einer Satzungsüberarbeitung sollte dies beachtet werden.

Herr Löbert äußert, dass sich bei Durchsetzung des durch seine Fraktion gestellten (aber abgelehnten) Antrages (Cottbus-Pass-Licht) die Situation besser darstellen würde.

Herr Dr. Fischer meint, die Kommune sollte künftig die hälftigen Kosten für die Streifenkarten ÖPNV übernehmen.

Herr Konzack: Wie allen bekannt ist, handelt es sich bei den Antragstellern des Cottbus-Passes um sozial sehr bedürftige Personen. Lt. vorliegenden Informationen plant die Cottbusverkehr GmbH eine Erhöhung der Fahrscheinpreise. *(Info: Ab dem 01.04.2007 erhöhen sich die Preise für eine 4-Fahrtenkarte von 4,00 € auf 4,30 €.)*

Herr Dr. Fischer bittet um Vorschlagsvarianten für eine neue Vorlage zum Cottbus-Pass zum nächsten Sozialausschuss.

Frau Koch bittet zu prüfen, ob Cottbusverkehr die Preise erhöht.

4. Beschlussvorlagen

- 4.1 Vorlage I-004/07
HH-Satzung und HH-Plan 2007
v.: Frau Ramsch, Kämmerei
- 4.2 Vorlage I-005/07
Fortschreibung MIP 2007 - 2010
v.: Frau Ramsch, Kämmerei
- 4.3 Vorlage I-006/07
HSK 2007 - 2010 (Verwaltungshaushalt)
v.: Frau Ramsch, Kämmerei
- 4.4 Vorlage I-007/07
HSK Vermögenshaushalt 2007 - 2010
v.: Frau Ramsch, Kämmerei

Die Vorstellung der Vorlagen erfolgt durch die Amtsleiterin der Kämmerei, Frau Ramsch. Statistische Übersichten der Präsentation werden dem Protokoll auszugsweise beigelegt.

Herr Dr. Fischer bedankt sich bei Frau Ramsch für die Ausführungen.

Anmerkungen:

Anfragen zur Umwandlung des Tierparks in eine Stiftung kommen von **Herrn Dr. Schmidt**. Viele Jahre wurden keine Investitionen getätigt, einer Stiftung muss man auch etwas bieten können.

Frau Ramsch erklärt hier, dass die Umwandlung in eine Stiftung eine mögliche Variante der Kommunalaufsicht ist. Der Prüfauftrag ist im Haushaltssicherungskonzept enthalten und ist nicht mit Zahlen untersetzt.

Frau Koch hat eine Anfrage zur Wirtschaftlichkeitsprüfung freier Träger und zu Kitas.

Frau Ramsch bemerkt hierzu, dass die Kitas an freie Träger gegeben werden. Die Stadt finanziert jedoch jedes Jahr mehr zu. Diese Thematik bleibt als Prüfauftrag bestehen, ist nicht mit Zahlen untersetzt und steht als Ergebnis der Haushaltsklausuren.

Herr Dr. Fischer gibt bekannt, dass es vom Land eine Untersuchung gibt, in der belegt ist, dass die Stadt Cottbus die geringste Auslastungsrate bei Kitaplätzen unter den kreisfreien Städten hat. Man kann nicht etwas vorhalten, wenn es keinen Bedarf dafür gibt.

Herr Thomas zeigt auf, dass die Thematik der Trägerlandschaft sehr kompliziert ist.

Frau Ceglarek bemerkt zu den Kita-Plätzen freier Träger, dass nur die Plätze finanziert werden, die auch belegt sind. Freie Plätze werden nicht finanziert. Wenn konkrete Zahlen vorliegen, sollte man eine sachliche Diskussion hierzu führen.

Herr Dr. Fischer legt hierzu nochmals dar, dass man Leistungen, die nicht abgerufen werden, nicht finanzieren muss. Öffentliche Gelder gehen in Kita-Bereiche, die nicht langfristig gesichert sind.

Herr Richter möchte wissen, was mit den Ergebnissen der Prüfaufträge passiert, die nichts aussagen werden.

Des Weiteren findet Herr Richter die Absenkung der Gewerbesteuern als nicht gerechtfertigt, da nur wenige Unternehmen davon begünstigt sind. Er äußert Zweifel am Erfolg der Senkung um ca. 700.000 €.

Herr Dr. Fischer bittet um Auskunft, ob die Problematik der Senkung der Gewerbesteuern im Wirtschaftsausschuss angesprochen wird.

Herr Pracht fragt an, ob es eine Zeitliste gibt, bis wann die Prüfaufträge abgeschlossen sind. Es wäre möglich, dass die Senkung der Gewerbesteuern Investoren bringt.

Frau Ramsch erklärt, dass es eine klare Zielvorstellung bis zum Sommer 2007 gibt. Bis dahin muss eine Entscheidung zu den Prüfaufträgen gefällt werden.

Herr Löbert äußert, dass durch die ständigen Erhöhungen der Gebühren, Mehrwertsteuer etc. die Schmerzgrenze für die Bürger bald erreicht ist.

Herr Dr. Fischer macht nochmals darauf aufmerksam, dass mehr Förderprogramme durch die EU abgerufen werden müssen.

Frau Ramsch äußerte dazu, dass für die Beantragung von EU-Fördermitteln Eigenmittel vorhanden sein müssen.

Herr Thomas ergänzt hierzu, dass in den meisten Fällen ca. 25 % Eigenanteil zur Abrufung von Fördermitteln seitens der Stadt zu finanzieren sind und das stellt schon ein Problem dar.

Dr. Fischer zeigt jedoch auf, dass von der Stadtverwaltung mehr Initiativen zur Beantragung von EU-Fördermitteln ausgehen müssen.

Er verweist nun an das Sozialamt zur Haushaltsplanung 2007 des Amtes 50.

Frau Duhra informiert zum Haushalt des Sozialamtes. Die Ausführungen werden dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Herr Dr. Fischer bedankt sich bei **Frau Duhra** für die Ausführungen.

Herr Selka fragt an, woher die Steigerung der Bedarfsgemeinschaften kommt und ob dies auf die Kürzung des Bezuges des Arbeitslosengeldes zurückzuführen ist.

Frau Friedrich informiert, dass die letzten Arbeitsmarktzahlen und die Situation in unserer Region bekannt sind. Die Zielvorgaben für 2007 bestehen darin, die Integrationszahlen zu erhöhen. Der Marktfaktor vor Ort spielt dabei eine große Rolle.

Frau Dieckmann zeigt auf, dass ein nicht geringer Teil der Bezieher von Leistungen nach dem SGB II aufstockende Hilfe erhält, weil die Löhne so niedrig sind.

Herr Thomas erklärt, dass es sehr schwierig ist, eine Tendenz vom SGB III in das SGB II einzuschätzen.

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss erteilt der Stadtverordnetenversammlung folgende Empfehlung zur Beschlussfassung:

- | | |
|----------------|---|
| TOP 4.1 | Vorlage I-004/07
HH-Satzung und HH-Plan 2007 |
| | 0 Zustimmungen
0 Gegenstimmen
6 Enthaltungen |
| TOP 4.2 | Vorlage I-005/07
Fortschreibung MIP 2007 – 2010 |
| | 2 Zustimmungen
0 Gegenstimmen
4 Enthaltungen
(bestätigt) |
| TOP 4.3 | Vorlage I-006/07
HSK 2007 - 2010 (Verwaltungshaushalt) |
| | 0 Zustimmungen
0 Gegenstimmen
6 Enthaltungen |

TOP 4.4 **Vorlage I-007/07**
HSK Vermögenshaushalt 2007 - 2010

0 Zustimmungen
0 Gegenstimmen
6 Enthaltungen

TOP 5.: **Sonstiges**

keine Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

entfällt

Die Sitzung endet um 18.50 Uhr.

gez. Dr. Fischer
Vorsitzender

gez. Werner
Protokollantin

Anlagen